LZ-Rheinland

Artikel vom 27.11.2024 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 07:43 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/zukunftsstrategie-gefordert

Zukunftsstrategie gefordert



Foto: imago/Steinach

Verbände formulieren Position zur Bundestagswahl

Eines der wichtigsten Gremien des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes (RLV) ist der Verbandausschuss. Er wählt die Spitze des Verbandes, befindet über den Haushalt und steckt die wichtigsten Positionen ab. Vergangene Woche tagte das Gremium, in dem die Kreisbauernschaften sowie assoziierte Organisationen von Landfrauen und Landjugend vertreten sind, in Kloster Langwaden. Während die haushalterischen Formalien zügig abgearbeitet werden konnten, nahmen der Rückblick auf die politischen Entwicklungen und Errungenschaften des Verbandes großen Raum ein. Noch mehr Raum widmete die Versammlung den künftigen Herausforderungen.

Hier steht an erster Stelle, sich in den aufziehenden Bundestagswahlkampf einzubringen. Präsident Bernhard Conzen betonte, dass es darauf ankomme, „frühzeitig unsere Anliegen kenntlich zu machen und unseren Forderungen Ausdruck zu verleihen“. Die Bauernproteste hätten die Sorgen und Nöte der Landwirtschaft eindrucksvoll gezeigt. Jetzt sei es an der Zeit, diese Themen endlich in eine politische Zukunftsstrategie zu überführen.

Gemeinsam mit dem Provinzialverband Rheinischer Obst- und Gemüsebauer, den

Rheinischen LandFrauen und der Landesarbeitsgemeinschaft der Landjugend Nordrhein appelliere der RLV an die demokratischen Parteien, bei der Gestaltung ihrer Programme zur Bundestagswahl 2025 die heimische Landwirtschaft und die ländlichen Räume in den Fokus zu nehmen. Das Anliegen der Organisationen findet nun Eingang in ein gemeinsames Positionspapier.

Unter anderem fordern die rheinischen Verbände eine umfassende Umsteuerung in der Politik. Eine wettbewerbsfähige und zukunftsorientierte Landwirtschaft sei für die wirtschaftliche Stabilität der ländlichen Räume und damit auch für den sozialen Zusammenhalt unerlässlich. Die Politik müsse als Einheit gedacht werden: Agrar-, Umwelt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen ineinandergreifen und klare, verlässliche Perspektiven für die Betriebe schaffen. *ds*

Mehr in LZ 48-2024 auf S. 15